

Presseinformation 38/2024

Die Zukunft fährt elektrisch

Aufgrund der sich verstärkenden Klimakrise ist der Umstieg auf die Elektromobilität dringender, denn je, analysiert der Verband für Wirtschaft und Umwelt die derzeitige Lage auf dem heimischen Automobilmarkt. Diskussionen wie die Rücknahme des Verbrenner-Aus oder Strafzölle auf in China produzierte KFZ seien dagegen kontraproduktiv hinsichtlich des Klimaschutzes sowie des Fortbestandes der deutschen Automobilindustrie. Verzögerungen in der Transformation bedeuten Nachteile und Rückgang der deutschen Automobilwirtschaft sowie steigende Automobilpreise für Verbraucherinnen und Verbraucher, so der Verband.

Während der E-Automarkt weltweit Rekorde einfährt und sich China bereits 60 Prozent Marktanteil an dem Boom gesichert hat, erscheinen Diskussionen um 21-prozentige Strafzölle für in China gefertigte VW-Modelle völlig aus der Zeit gefallen. Der nachhaltige Wirtschaftsverband fordert stattdessen mehr Jointventures und Projekte in Europa und Deutschland mit chinesischem Know-how und Kapital. Insbesondere im Bereich der Batterietechnologie sei eine Zusammenarbeit unter Einbeziehung chinesischer Unternehmen eine Marktchance für die gebeutelte Automobilbranche.

Der Verband für Wirtschaft und Umwelt verweist dabei auf die kürzlich stattgefundenen Solar- und Speicherforum des Landesverbandes Solarenergie Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der chinesisch-deutschen Vereinigung für Technologie und Wissenschaft in Mainz. Hier habe der Landessolarverband unter Teilnahme hochrangiger chinesischer Firmenvertreter auf die rasche Ansiedlung chinesischer Unternehmen in Europa nach gemeinsamen Spielregeln für mehr inländische Wertschöpfung geworben.

Eine [Studie von Agora Verkehrswende](#) folgert kürzlich: „Wirtschaftliche Anreize, die Elektroautos günstiger und Verbrennerfahrzeuge teurer machen, seien etwa über die Kfz-Steuer und die Dienstwagenbesteuerung möglich. Die Kfz-Steuer könne dafür bei der Erstzulassung ansetzen und stärker am CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden.“

Dem schließen sich die Verbände in Rheinland-Pfalz an und fordern die Landesregierung auf, ihre Industrie- und Wirtschaftspolitik stärker auf eine volkswirtschaftliche Kooperation zwischen Rheinland-Pfalz und China mit chinesischen Unternehmensbeteiligungen im Solar-, Speicher- und Automobilmarkt auszurichten.